



# Kommunen in Not

Dokumentation der Landeskonferenz  
vom 24. Juli 2010 in Neumünster

- » Vorträge
- » Berichte der Workshops
- » Podiumsdiskussion
- » Ausblick

**DIE LINKE.**  
SCHLESWIG-HOLSTEIN

[www.die-linke-sh.de](http://www.die-linke-sh.de)

# KOMMUNEN IN NOT

Landeskonferenz Neumünster

S

## VORWORT

Cornelia Möhring  
Björn Radke

3

## VORTRÄGE

Dr. Axel Troost (MdB)  
Uli Schippels (MdL)

4

## PODIUM

mit Miro Berbig

7

## WORKSHOPS

Auswirkungen der  
Rotstiftpolitik

13

## AUSBLICK

Schutzschirm für  
Kommunen

18

### Hinweis

Ausführliche Materialien, wie den Fragenkatalog an die Kommunen und Workshop-Ergebnisse, gibt es als PDF-Paket zum Download auf der Homepage oder bei der Landesgeschäftsstelle.

### Impressum

DIE LINKE. SH  
Sophienblatt 19  
24 103 Kiel  
Tel: 0431 / 737701  
E-Mail: [info@linke-sh.de](mailto:info@linke-sh.de)  
V.i.S.d.P: Björn Radke



# Vorwort

**A**m Samstag, den 24.7.2010 lud der Landesverband SH der LINKEN zu einer Konferenz unter dem Titel „Kommunen in Not“ nach Neumünster ein. An einer Podiumsdiskussion zu den Folgen der Krise und der Frage, wie Kommunen künftig handlungsfähig bleiben könnten, nahmen neben Hans-Joachim Grote (Vorsitzender des Städtebundes SH und Bürgermeister in Norderstedt) auch Rainhard Zug (Bürgermeister in Glinde/Stormarn), Stefan Ludwig (Oberbürgermeisterkandidat in Frankfurt/Oder), Detlef Parthie (Oberamtsrat bei der Stadtverwaltung Flensburg) und Miro Berbig (Linksfraktion Norderstedt) teil.



Björn Radke

Die finanzielle Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung erfordert einen breiten und gemeinsamen öffentlichen Widerstand. Ziel der Veranstaltung war es, Ideen für Protestaktionen zu sammeln und ein gemeinsames Vorgehen in Bezug auf Forderungskataloge, Anträge und Pressearbeit zu vereinbaren. Die verschiedenen Kommunalfraktionen der LINKEN werden sich mit entsprechenden Fragebögen einen Überblick über die Kürzungen verschaffen und vor Ort in den Parlamenten Protest und Widerstand organisieren. In der vorliegenden Broschüre sind die wichtigsten Argumente, Ideen und Vorschläge dieser Veranstaltung zusammengetragen.



Cornelia Möhring

August 2010  
Der Landesvorstand



## Kommunalfinanzen verstetigen: Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzsteuer weiterentwickeln

**N**icht nur auf Ebene von Bund und Ländern, sondern gerade auch in zahlreichen Städten, Gemeinden und Landkreisen ist die Haushaltssituation alarmierend. Viele Kommunen befinden sich gegenwärtig in der schwersten Finanzkrise seit Gründung der Bundesrepublik. Neben der Wirtschafts- und Finanzkrise werden auch hier inzwischen die Folgen einer völlig verfehlten Steuersenkungspolitik sichtbar. Es kann aber nicht weiter angehen, dass die Kosten und die Verantwortung für diese Misere einfach weiter abgewälzt werden, vom Bund auf die Länder oder von Bund und Ländern auf die Kommunen. Um den Missstand zu beheben, bedarf es einer umfassenden Steuer- und Finanzreform.



Dr. Axel Troost

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Kommunen ein Einnahme- und Ausgabeproblem haben: Bund und Länder haben den Kommunen immer mehr Aufgaben übertragen, ohne eine für die Erfüllung dieser Aufgaben angemessene Finanzausstattung zu sorgen. Die Folge ist, dass freiwillige Leistungen wie beispielsweise bei Musikschulen oder Stadtteiltheatern immer mehr gestrichen und nur noch per Gesetz vorgeschriebene Aufgaben – und die oft in minderer Qualität – erfüllt werden.

Die Lösung dieser Probleme kann nur sein, die Kommunen am Gesamtsteueraufkommen stärker zu beteiligen. Zum anderen benötigen die Kommunen zugleich dringend mehr eigene Einnahmen, ohne die die kommunale Handlungsfähigkeit einschließlich wichtiger Zukunftsinvestitionen in Bildung und ökologische Infrastruktur kaum zu finanzieren sind. An dieser Stelle setzt das Konzept an, die Gewerbesteuer, die vielerorts rund 40 Prozent der kommunalen Steuereinnahmen erbringt, zu einer Gemeindefinanzsteuer weiterzuentwickeln (Drucksache 17/783). Im Vordergrund steht das Ziel, die Einnahmen aus der Gewerbesteuer nicht nur zu erhöhen, sondern zu stabilisieren und dadurch verlässlicher zu gestalten.

Die Pläne der Regierung zur Neuordnung der Kommunalfinanzen laufen hingegen in die völlig falsche Richtung. Die Koalition beabsichtigt, die Gewerbesteuer abzuschaffen und durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer

und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz zu ersetzen. Sofort entsteht die Frage, wodurch die hieraus entstehenden Einnahmeverluste der Gemeinden denn wettgemacht werden sollen. Der Oberbürgermeister von Regensburg und Präsident des bayrischen Städtetages hat errechnen lassen, dass der Mehrwertsteuersatz von 19 auf 24,3 Prozent erhöht werden müsste, um den Gewerbesteuer-ausfall auszugleichen. Würde die Gewerbesteuer durch einen Zuschlag auf die Einkommensteuer ersetzt, müssten die Einkommensteuerzahlenden in Regensburg im Durchschnitt jährlich 2000 Euro mehr bezahlen als bisher. Insbesondere große Städte, die eine teure Infrastruktur und hohe Sozialkosten schultern müssen, fürchten die Stadtflucht ihrer EinwohnerInnen, sollte es wirklich soweit kommen.

Unser Anspruch geht in Richtung Stärkung der sozialen Teilhabe am Gemeinwesen. Denn wenn angesichts fehlender Mittel beispielsweise in Kindertagesstätten die Gebühren erhöht oder Jugendeinrichtungen geschlossen werden, geht dies zu Lasten der Zukunftsperspektiven von sozial Schwächeren, die auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen sind. Für viele Menschen verringern sich hierdurch die Möglichkeiten, am kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt und aktiv teilzunehmen.

*Axel Troost musste leider kurzfristig seine Teilnahme absagen, sein Folienvortrag ist jedoch auf der Homepage abrufbar. Für diese Broschüre haben wir Passagen aus dem Beitrag für die Zeitschrift WIDERSPRUCH Heft 58 übernommen.*

## Auswirkungen der angekündigten Kürzungen der Landesmittel im Bereich des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes Schleswig-Holstein

.....

**I**m Bereich der Familienbildungsstätten plant die schwarz-gelbe Landesregierung eine Kürzung der Förderungsmittel um 30% bis 2012. Betroffen sind hiervon etwa 80.000 TeilnehmerInnen und ihre Familien, während durch eine Erhöhung der Teilnehmergebühren zwischen 20 und 50% der bisherigen Klientel sich die Bildungsangebote nicht mehr leisten kann.

Von Kürzungen um bis zu 45% sind die Selbsthilfekontaktstellen (KIBIS), die bisher in ihrer Arbeit unterstützt wurden, betroffen. Das bedeutet die Schließung fast aller Einrichtungen und keine weitere Unterstützung und Beratung von Selbsthilfegruppen und Interessierten in den Regionen.

Weitere Mittel aus dem Sozialen Vertrag I werden bei Selbsthilfeverbänden und Selbsthilfeinitiativen, wie beispielsweise dem Gehörlosenverband oder dem Blinden- und Sehbehindertenverein, gestrichen.

Ebenfalls betroffen sind Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen, die ihre Unterstützungs- und Beratungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder als Folge stark reduzieren müssen. Bei der Beratungs- und Integrationsarbeit von Migrantinnen und Migranten sollen bis 2012 ganze 350.000 Euro eingespart werden. Die Mittel für Beratungsstellen der Suchtkrankenhilfe und Psychiatrie sind Teil des Sozialen Vertrages II, die um insgesamt 16% gekürzt werden. Landesweite Angebote für Kinder und Jugendliche werden in den nächsten zwei Jahren um etwa 1,3 Millionen Euro reduziert. Der Landesverband des Kinderschutzbundes ist im gleichen Zeitraum mit Kürzungen von jeweils 15% betroffen.

Während seines Vortrages zu den Auswirkungen des schwarz-gelben Sparpakets erklärte Uli Schippels, Landtagsabgeordneter der LINKEN SH: „Die jetzt anstehenden Kürzungen werden erst der Anfang sein, denn die Landesregierung will jedes Jahr zusätzliche 125 Millionen Euro sparen, um die jährlichen 80 Millionen Konsolidierungshilfe zu erhalten. Viele Kürzungen haben regionale Auswirkungen: So sollen beispielsweise, auch eine Initiative des Landesrechnungshofes, die Katasterämter zusammengelegt werden. Bisher gibt es acht Katasterämter in Elmshorn, Flensburg/Schleswig, Kiel, Lübeck, Meldorf, Nordfriesland, Ostholstein und Segeberg, viele mit Außenstellen. Die Zusammenlegung soll 4,7 Millionen Euro pro Jahr bringen. Letztlich hat die Zusammenlegung nicht nur vor Ort bei den Kommunen volkswirtschaftlich schädliche Auswirkungen. Im sozialen Bereich schlagen die Kürzungen voll auf die Kommunen durch. Die Kosten für Rechtsberatungshilfe für außergerichtliche Rechtswahrnehmungen und Prozesskostenhilfe für gerichtliche Prozesse werden begrenzt.



Uli Schippels

Zweites Problem: Die Kürzungen im Rahmen der Sozialverträge I und II. Bei den Kürzungen im Sozialvertrag II in Höhe von ca. 400.000 Euro wird explizit darauf verwiesen, „die Kommunen stärker einbinden zu wollen“. Im Rahmen des Sozialvertrages I sollen die Zuschüsse von derzeit 3,6 Mio. Euro auf 2 Millionen in 2012 gekürzt werden.“

*Eine komplette Liste der Kürzungen und den Vortrag von Uli Schippels gibt es in voller Länge auf der Homepage.*

»Wir sind momentan in der schwierigsten Finanzsituation, die es in der Geschichte der Bundesrepublik je gegeben hat.«

.....

**D**ies war das Eingangsstatement von OB Hans-Joachim Grote (CDU) während der Podiumsdiskussion anlässlich der Landeskonferenz „Kommunen in Not“ am 24.07.2010 in Neumünster. Grote war als Präsident des Schleswig-Holsteinischen Städtebundes angereist. Ihm zur Seite saßen Bürgermeister Reinhard Zug (Glinde/Stormarn), als Vertreter unseres Bündnispartners ver.di Detlef Parthie aus Flensburg und um die Sicht aus einem anderen Bundesland darzustellen, hatten wir Stefan Ludwig, stell. Fraktionsvorsitzender im Brandenburger Landtag (DIE LINKE) eingeladen. Geleitet wurde die Diskussion von Miro Berbig aus Norderstedt, Vorsitzender des Forums LINKE Kommunalpolitik in Schleswig-Holstein eV.



Miro Berbig

Erstaunlich einig waren sich die Teilnehmer von schwarz bis rot, was die Einschätzung der Lage der Kommunen angeht. „Ich kann mich daran erinnern, das wir seit '74/75 eigentlich nur dabei sind, zu sparen. Uns brechen die Einnahmen weg, die Ausgaben werden höher“, so dazu Detlef Parthie.

Das war der Punkt. Während Bund und Länder den Kommunen immer mehr Aufgaben zumuten, werden die Mittel gestrichen, wie bei den *Kosten der Unterkunft*. Dazu kommen Mindereinnahmen auf Steuerseite und weniger Geld über den Länderfinanzausgleich.

Hierzu Stefan Ludwig: „(...) deswegen wird es mindestens darum gehen müssen, dass wir die Einnahmesituation von 2008 wiederherstellen, das hat auch jede Erklärung des Deutschen Städte und Gemeindebundes immer zum Inhalt, denn in diesen für uns einnahmestarken Jahren ging es uns ja nicht gut, es gab nur wenige Gemeinden, die real Schulden abgezahlt haben, (...), es ging uns weniger schlecht, diese Situation muss wiederhergestellt werden, und darüber hinaus geht es darum, Einnahmeverbesserungen der Kommunen, also zum Beispiel die Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen der Gewerbesteuer, zu erzwingen. Da ist auch ein Mehranteil an der Mehrwertsteuer und vieles andere denkbar.“

*Hier eine Zusammenfassung der einzelnen Statements.*

## Reinhard Zug, Bürgermeister in Glinde

---

**G**linde, um es einzuordnen, ist eine Stadt, die noch wächst. In den kommenden 2 Jahren wird Glinde um rund 2500 Einwohnerinnen und Einwohner auf rund 19.000 ansteigen. Dabei ist die Metropolregion Hamburg und hierbei insbesondere Südstormarn eine der Regionen in Schleswig-Holstein, die auch in Zukunft weiter wachsen wird. Nichtsdestotrotz gibt es bei uns natürlich auch viele Finanzprobleme und dafür gibt es ganz unterschiedliche Ansatzpunkte. Die Stadt hat in 2010 einen geplanten Jahresfehlbetrag von 2,1 Mio. Euro, bei einem Gesamthaushalt von rund 30 Mio. Euro, welcher in 2011 auf rund 10% steigen wird. Das sind für uns schon riesige Werte. Auf der anderen Seite ist es so, dass wir im Jahr 2010 das erste Mal einen Fehlbetrag hatten und wir steuern auf vielen Ebenen dagegen.



Rainhard Zug

Ich glaube, dass wir in den Regionen viel stärker vernetzt miteinander arbeiten müssen, wir sind in der Metropolregion hochverdichtet und wir arbeiten auf vielfältige Weise zusammen. Das tun wir in Zukunft verstärkt. Wir haben gerade im letzten Jahr mit den Städten Reinbek und Wentorf ein gemeinsames Mittelzentrum gegründet. Wir arbeiten hier an einer Verwaltungskooperation und legen so Dienstleistungen und z. B. die Bauhöfe zusammen, um zu sparen. Auch sind wir dabei, unsere Einnahmen zu verbessern, so wurde in 2010 der Steuersatz für die Grundsteuer B angehoben. Darüber hinaus erfolgt eine laufende Überprüfung und Anhebung aller städtischer Gebühren. Neue Einnahmequellen erhofft sich die Stadt durch die in 2010 gegründeten Stadtwerke zu erschließen. Aber auch durch Ausgabenkürzungen und Wegfall von freiwilligen Leistungen ist die Stadt dabei, eine Konsolidierung des Haushaltes vorzunehmen. Dies passiert letztendlich nicht in Glinde isoliert, sondern in der Region, um der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise durch ein Miteinander und eine Neuaufteilung von Aufgaben und Zuständigkeiten zu begegnen. Ich denke, dass auf allen Ebenen Einsparungen aber auch Verbesserungen erforderlich sind. Die Rücknahme der Subventionen für die Hotellers wäre sicher eine vertrauensbildende Maßnahme.

.....  
»Die Rücknahme der Subventionen für die Hotellers wäre sicher eine vertrauensbildende Maßnahme.«

Eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kann insgesamt nur gelingen, wenn es keine „Tabuthemen“ gibt.

## Stefan Ludwig (DIE LINKE)

---

**U**ns in Brandenburg geht es anders schlecht. 20 Jahre nach der Vereinigung ist eine durchschnittliche Gemeinde in Brandenburg nur halb so steuerstark, wie eine in Schleswig-Holstein. Wenn ihr also sagt, uns geht das Geld aus, können ich euch mitteilen: Wir hatten noch nie welches. Wer zusieht, dass die kommunale Selbstverwaltung infrage steht, die ja im Grundgesetz verankert ist, der macht tatsächlich bei uns im Osten seit zwanzig Jahren ein Experiment: Muss man das mit dem Grundgesetz so ernst nehmen, oder nicht. Insofern bleibt die Lage ernst, es gibt Gemeinden, da hat der Aufbau funktioniert, durch mehr oder weniger große Zufälle. In der Stadt, in der ich Bürgermeister wurde, war durch eigenes Versagen der Haushalt gespannt. Es ist ja immer die Frage, wann wird so ein Linker Bürgermeister, wann wird er wählbar. Wir durften dann in den brandenburgischen Städten ran, wenn sie haushalterisch nicht mehr zu Recht kamen. Meine Heimatstadt ist eine von drei Städten in Brandenburg, die wächst. Alle anderen Städte schrumpfen, vergleichbar mit hier, und auf diese Schrumpfung ist die deutsche Politik überhaupt nicht vorbereitet. Wie wir mit dem Finanzausgleich in Deutschland in Zeiten des Wirtschafts- und Einwohnerschrumpfens reagieren sollen, können wir heute noch nicht sagen.



Stefan Ludwig

Beim Thema Krippen und Kitas können wir in Brandenburg etwas nutzen, was hier nicht möglich ist. Wir hatten in meiner Stadt im unter 3 Jährigen Bereich eine Betreuungsquote von 50%, im Bereich der 3-6 Jährigen von 90%. Es ist für uns im Osten unabhängig von der politischen Farbenlehre

..... unstrittig, dass die KITA-Betreuung »Die Gewerbesteuer zu streichen und die Kommunen in Konkurrenz zueinander zu stellen, ist Teufelszeug.« in Brandenburg speziell als Rechtsanspruch des Kindes auf frühkindliche Bildung zu verstehen ist. Das ist eben nicht eine Betreuungsergänzung für die Familie, wie oftmals im Süden der Bundesrepublik behauptet wird, sondern dies ist wirklich der Einstieg in die Bildung für alle, so früh wie möglich, von Anfang an. Wir können auf die bauliche Infrastruktur zurückgreifen, wie sie bis 1990 entstanden ist.

Das ist eben der wesentliche Unterschied, der gern mal genutzt wird, um Kommunen in Ost und West gegeneinander in Stellung zu bringen. Hier im Westen ist die Errichtung dieser Gebäude eine riesige Investitionsaufgabe.

Bei uns im Osten müssen wir unsere Gebäude instandhalten und vereinzelt wegen des Bevölkerungsrückgangs schließen. Das ist dann besonders bitter.

Ende des Sommers kommt die Gemeindereformkommission des Bundes wahrscheinlich zum Ergebnis, die Gewerbesteuer zu streichen. Unsere Forderung, auch im Bundestag, ist es, diese nicht abzuschaffen, sondern weiter zu entwickeln. Da sind wir in vielen Punkten einig mit dem, was der Deutsche Städtebund und der Deutsche Städtetag fordert. Die Gewerbesteuer zu streichen und die Kommunen in Konkurrenz zueinander zu stellen, ist Teufelszeug. Das dürfen wir nicht zulassen, da müssen wir Einwohnerinnen und Einwohner mobilisieren, da muss richtig Protest im Land zu hören sein, ansonsten ziehen die das durch.

.....  
**Hans-Joachim Grote, Oberbürgermeister in Norderstedt (CDU)**  
.....

**W**ir sind in der schwierigsten Finanzsituation, die es in der Geschichte der Bundesrepublik je gegeben hat. Als Vorsitzender des Städteverbandes stört mich dabei immer wieder, dass man Aufgaben in die kommunale Selbstverwaltung geben will, um zu sehen, was die Kommunen dann daraus machen. Damit entsteht schnell ein Wettbewerb zwischen den noch finanzstarken Gemeinden, die noch investieren können und den Kommunen, die einen defizitären Haushalt haben.



Hans-Joachim Grote

Meine Sorge ist, dass wir eine Zweiklassen-Kommunalgesellschaft bekommen. Eines der größten Probleme wird in Zukunft sein, Arbeitskräfte zu finden. Die Unternehmen wollen heute keinen Autobahnanschluss mehr, sie wollen eine Datenautobahn, schnelle Kommunikationswege und qualifizierte Arbeitskräfte. Dazu wollen sie ein attraktives Umfeld, KITA-Plätze für die Kinder, gute Schule, Sportanlagen und ausreichend Freizeitangebote. Wir müssen den Menschen klar machen, dass wir in 20 Jahren Gemeinden in diesem Land haben, die sich überhaupt nichts mehr erlauben können. Und dann werden sich die Bürger fragen: „Warum soll ich hier eigentlich noch wohnen. Wo bleibt die Selbstbestimmung von Menschen im Land, wo wähle ich meinen Arbeitsplatz, wo finde ich noch gleiche Bedingungen?“ Dies ist ein Weg, wo wir wirklich an den Grundfesten der Gemeinschaft rütteln.

Ich will nicht sagen, dass wir nur ein Einnahmeproblem haben, aber wenn die Gewerbesteuer kippt, dann sind wir an einen Punkt angekommen, wo es für unser gemeinsames Miteinander nicht mehr reicht.

Wir haben als Städte und Gemeindebund eine gemeinsame Resolution

verabschiedet, in der wir fordern, die Gewerbesteuer als kommunale Einnahmequelle zu behalten. Weiter müssen wir die Basis verbreitern und auch die Freiberufler mit einbeziehen. Nur dann werden wir überhaupt in der Lage sein, weiter zu machen. Wenn man von der Gewerbesteuer abgeht, der Haupteinnahmequelle der Kommunen, dann geht es nur über Zuschläge auf die Lohn- und Einkommensteuer in Höhe von vielleicht 2000–2500 Euro je Bürger. Oder wir müssen die Mehrwertsteuer um 4,5–5% erhöhen auf alles. Das kann so nicht richtig sein, denn ein Großteil der Investitionen in den Städten werden ja auch für die Unternehmen gemacht.

Wir diskutieren als Städtebund das Sparpaket in seiner Gesamtheit mit der Landesregierung. Und wenn wir den Wegfall der Gewerbesteuer verhindern wollen, wird das nur über eine gewisse Mobilisierung der Menschen gehen. Das ist nicht die Meinung Grote, das ist Deutscher Städtebund, Deutscher Städtetag, Deutscher Gemeindetag, die Gesamtfinanzierung der Kommunen ist auf Dauer nicht mehr gegeben.

Wenn wir überhaupt über Kosteneinsparung sprechen, dann sollten wir uns nicht auf die Leistungen für den Bürger fokussieren, sondern wir sollten überlegen, wie wir die Arbeit optimaler gestalten können. Da sehe ich  in Schleswig-Holstein bei seiner doch wirklich heterogenen Verwaltungsstruktur noch riesige Chancen. Die Frage nach den Verwaltungsstrukturen in unserem Land muss erlaubt sein. Wir haben es als Stadt Norderstedt zusammen mit Neumünster und anderen Gemeinden praktiziert, indem wir uns zunächst auf freiwilliger Basis zusammengeschlossen haben. Nehmen Sie den Begriff Nordgate, den Zusammenschluss von 6 Städten entlang der A7, um sich als Wirtschaftsstandort zu präsentieren.

Das muss nicht in Form einer GmbH sein. Ich war früher durchaus auch ein Verfechter privatwirtschaftlicher kommunaler GmbHs. Nachdem es aber den Paragraphen 106a in der Gemeindeordnung gibt, ist eben auch die Möglichkeit einer kommunalen Gesellschaft gegeben.

Wenn es uns gelingt, die Verwaltungen zu bewegen, Aufgaben gemeinsam zu übernehmen, haben wir dort noch Einsparpotenziale im System und können damit Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger finanzieren. Sonst wüsste ich nicht, wie man nur durch blankes Streichen von Leistungen die Probleme lösen will.

.....

## Detlef Parthie, (ver.di)

.....

**A**us Sicht von Verdi ist es wichtig, dass Kommunen sich als Anwalt der Bürger verstehen, dass sie in der Lage sind, eine vernünftige Infrastruktur vorzuhalten und diese zu finanzieren. Leider haben die Gemeinden ihre Ausgabenseite fast ausschließlich über die Reduzierung von Personalkosten ausgleichen wollen. Das ist unsere Erfahrung über viele Jahre hinweg, dass die Bedingungen von ArbeitnehmerInnen verschlechtert werden und eine adäquate Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes geht immer häufiger auf Knochen des Personals. Wenn etwa 17% aller prekären Arbeitsverhältnisse mittlerweile im öffentlichen Dienst stattfinden, dann stimmt es nicht nur bei Politik nicht, es stimmt auch die ganzen Situation der Finanzausstattung der Gemeinden nicht mehr. Wir haben nach Überzeugung von ver.di nur zwei mögliche Wege: Zum einen die Erhöhung der Einnahmen und eine veränderte Verteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, sonst wird diese Krise der Gemeinden niemand bewältigen.



Detlef Parthie

Zum anderen benötigen wir ein Schuldenmoratorium für die Kommunen, wenn wir nicht wollen, dass durch das Sterben öffentlicher Investitionen Ruinen von Gebäuden und mangelnde Infrastruktur die Folge sind. Wir müssen gemeinsam verhindern, einen Zustand zu bekommen, bei dem sich die Bürger von Politik und Kommune abwenden. Wir werden nur eine Chance für lebenswerte Städte und Gemeinden haben, wenn wir es schaffen, die Verpflichtungen der Kommunen zeitlich zu strecken und besser noch zu minimieren, bzw. über längere Zeiträume bezahlbar zu machen.

.....

**»Gerecht geht anders, auch bei der Aufteilung der Aufgaben und der Finanzausstattung.«**

Gerecht geht anders, auch bei der Aufteilung der Aufgaben und der Finanzausstattung. Wenn hier nicht gehandelt wird, werden wir alle Probleme bekommen. Von daher meine Bitte, sich wirklich gemeinsam, Politik, gesellschaftliche Gruppen und Bürger, zusammen zu finden und zu mobilisieren. Im Sinne von Bofinger und Horn: „Wir wollen endlich, dass die Kommunen eine durchfinanzierte Aufgabenstruktur bekommen.“

Da ver.di die Beschäftigten im öffentlichen Dienst vertritt, daneben viele Kulturschaffende und MitarbeiterInnen in Krankenhäusern, möchte ich einen Punkt ganz besonders herausstellen. In dem Teil des Sparpaketes Schleswig-Holstein wird die Mitbestimmung von Personalräten, also die demokratischen Strukturen, zurückgefahren.

Es wird so getan, dass ein Ersparnis darin bestehen würde, bestimmte Freistellung nicht mehr zuzulassen, sprich die Zahl wird von 200 auf 300 Beschäftigten pro Freistellung erhöht. Fakt für Schleswig-Holstein ist, dass wir dann nur noch in den kreisfreien Städten, sowie Norderstedt und Elmshorn noch Freistellungen haben werden; allen anderen MitarbeiterInnen im Land dann aber keine adäquate Vertretung von freigestellten Personalräten mehr haben werden. Und das macht uns wütend!!! Das Mitbestimmungsgesetz hat sich seit 20 Jahren bewährt. Es gibt keine Veranlassung, dieses Gesetz zu ändern; gespart wird durch diese Maßnahme nichts!

Wenn sie in diesem Sparpaket weiter lesen, werden sie finden, dass die Landesregierung eine Zielvereinbarung mit den Kommunen und den Kreisen treffen will, das der 10%ige Personalabbau in der Landesverwaltung auch auf die kommunalen Bereiche runtergebrochen werden soll. Dies bedeutet, dass wir die Bürger genau wieder treffen werden, indem wir ihnen entweder Leistungen entziehen oder diese verteuern. Damit wird den Bürgern ein Stück Identität mit ihren Gemeinden vor Ort genommen, das kann nicht richtig sein und deswegen sind wir gegen das Sparpaket dieser Landesregierung.

## Workshops

### Kürzungen im sozialen Bereich und bei öffentlich Beschäftigten: Wie können wir Widerstand dagegen organisieren? - von Meike Lüdemann

---

**D**er Workshop diskutierte die Frage, wie man die Bevölkerung vor Ort mobilisieren kann gegen die konkreten Auswirkungen der Sparpolitik vor Ort.

Einig waren sich alle Diskutanten, dass die Anprangerung einer großen Kürzungssumme oder einer großen Beschäftigtenzahl, die weggespart werden soll, keinen Erfolg bringen wird. Große Zahlen sind zu abstrakt und haben zu wenig Bezug zu den Menschen, die wir ansprechen wollen, um mobilisierend zu wirken. Wir müssten für die Mobilisierung zu den Herbstaktionen jede Menge Bündnispartner gewinnen können, wie ein gemeinsamer Blick in die Kürzungsliste des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ergibt. Und nicht nur die dort aufgelisteten Projekte sondern ebenso die von der AWO,



Meike Lüdemann

dem DRK, der Caritas und sonstigen Wohlfahrtsorganisationen getragenen Projekte sind Kürzungsoffer. Der Workshop empfiehlt den Kreisen und Mandatsträgern, die örtlichen Ableger dieser betroffenen Projekte zu kontaktieren. Mit folgenden Fragen soll versucht werden, Kontakt herzustellen und zu den Herbstaktionen zu mobilisieren:

- » Wie wirken sich die Einsparmaßnahmen auf Ihre Zielgruppe/Ihr Sozialprojekt/Ihre Wirkungsmöglichkeiten aus? Was fällt weg?
- » Wie wirken sich die Einsparmaßnahmen der Landesregierung auf Ihre Beschäftigten aus?
- » Wirken sich (und wenn ja, wie) die Einsparmaßnahmen der Landesregierung auf eine kommunale Co-Finanzierung aus?

Der Workshop diskutierte auch die Frage, welche phantasievollen Aktionen wir uns für die Mobilisierung vorstellen können. Empfohlen wird Straßentheater als Medium, Bürger auf die Kürzungen aufzuklären und zu mobilisieren sowie die ganz konkrete Benennung der Konsequenzen (z.B.: „Hier warten Sie jetzt eine halbe Stunde länger, weil die Landesregierung einen Mitarbeiter eingespart hat“ auf ein Plakat vor der KFZ-Zulassungsstelle oder ähnliches.) Schließlich diskutierte der Workshop, wie wir die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ansprechen können. Hier müssten wir nach ‘guter Arbeit’ fragen und konkret, welche Arbeitsverdichtung bei den Verbliebenen durch die jahrelangen Einsparmaßnahmen stattgefunden haben.

Im Nachgang zum Workshop hat der Landtagsabgeordnete Björn Thoree noch einen Katalog möglicher Fragen an die Kommunalverwaltung zu den Auswirkungen der Kürzungen auf zahlreiche Bereiche der Kommunalverwaltung erstellt, der den Mandatsträgern zur Verwendung vorgeschlagen wird.

*Der komplette Fragekatalog an die Kommunen ist bei der LGS und auf der Homepage erhältlich.*

.....  
**Kommunaleinnahmen: Wie könnte ein  
Schutzschirm aussehen? - von Heinz-Michael Kittler**  
.....

**N**ach Erörterung der Verschuldungsproblematik, bei der die neoliberale Politik den Staat in die Zinsknechtschaft geführt hat und jeder Bürger durchschnittlich € 22.000 Schulden und diese mit jährlich € 1000,- Zinsen zu bedienen hat, stellten wir fest, dass in der gleichen Zeit, als die Verschuldung

auf € 1,7 Billionen stieg, das private Vermögen, und zwar in wenigen Händen um das Fünffache, nämlich auf € 8 Bio stieg. An der Verschuldung ist der Bund mit 61%, die Länder mit 31,4% und die Gemeinden mit 7,5% beteiligt. Somit trifft die hausgemachte Umverteilung von unten nach oben nicht nur die Menschen selbst direkt, sondern auch ganz massiv die öffentlichen Finanzen. Neben der Kürzungsliste, die das Land Schleswig Holstein nun direkt durchführen will, fließt auch weniger Geld an die S-H Kommunen. Bei steigenden Aufgaben fehlen ihnen bis 2014 strukturell 1.260 Mio € und außerdem derzeit mehrere 100 Mio € jährlich durch Steuermindereinnahmen.



Heinz-Michael Kittler

Bei unserer Gegenwehr und Kommunikation vor Ort müssen wir berücksichtigen, dass sich das unterschiedlich auswirkt, je nachdem, ob aus Sicht einer Kreisangehörigen Kommune, einer Kreisfreien Stadt oder eines Landkreises. Anschließend hat sich der Workshop mit den kommunalrelevanten Steuereinnahmen beschäftigt, sowie einer erforderliche Neuordnung, wie es unsere Partei und auch die Kommunalverbände fordern.

Bis eine entsprechende Gemeindefinanzsteuer umgesetzt – und die Umverteilungspolitik durch Bund und Land beendet wird (s. Antrag unserer Bundestagsfraktion) – entwickelten wir die Forderung für einen sofortigen Schutzschirm für Kommunen und gaben ein stichwortartiges Konzept dem anwesenden Landtagsabgeordneten Ulli Schippels mit auf den Weg.

#### **A) Grundsätzliche Forderungen:**

- » Antrag Kunert, Troost, Höll v. 19.05.2010  
(Bundestagsfraktion) Ausbau der Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzsteuer – abgelehnt von Schwarz-Gelb
- » Diese LINKE Forderung entspricht auch den Kommunalverbänden (siehe Grote) und muss aufrechterhalten werden.

#### **B) Sofortmaßnahmen (Schutzschirm) für Schleswig-Holstein**

- » Prüfauftrag auch an die Landtagsfraktion – das Konzept muss folgende Bedingungen erfüllen: Schnell umsetzbar, leicht verständlich, auskömmlich, realistisch, Aufspannen bis neuer Finanzausgleich steht
- » Das Ziel muss sein: Direkte Verwendung für Sozialetats der Kommunen (bis zu 60% der Haushalte) und so verteilt werden, dass die Quote des Sozialetats an alle kommunalen Haushalte angeglichen wird

## Diskutierte Vorschläge:

- » 1/3 der Gewerbesteuerumlage (Landes- und Bundesanteil) in den Fond
- » Kommunale Unternehmenssteuern nicht mehr von Einkommenssteuer abziehen
- » Gewerbesteuerfreibetrag halbieren
- » Außer den € 20,- Kindergeld das gesamte Wachstumsbeschleunigungsgesetz streichen
- » keinesfalls neue Steuersenkungen
- » Stärkung der Mitsprache- und Entscheidungsrechte der Kommunen. Nicht im Bund, sondern im Land neben Landtag eine zweite Kammer aus Gemeinden oder Kreisen installieren. Sie müssen analog zum Bundesrat Landesgesetze bestätigen und auch Initiativrecht haben. Im Gegenzug Zahl der Abgeordneten/ Räte in Kreisfreien Städten und Kreistagen verkleinern.

---

## Workshop zu Auswirkungen des „Sparpakets“ auf den Bildungsbereich - von Gösta Beutin

---

### KiTas / sozialer Ausgleich

- » Streichung des dritten beitragsfreien KiTa-Jahres
- » Welche Auswirkungen haben Kürzungen auf Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz?
- » Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ wird gestrichen
- » kostenlose SchülerInnenbeförderung fällt weg, Eltern tragen Kosten



Lorenz Gösta Beutin

### Schule

- » von 5300 Stellen, die im öffentlichen Dienst gestrichen werden, sind 3650 LehrerInnenstellen sowie weitere Referendariatsstellen
- » Lehrer werden teilweise zu mehr Unterricht verpflichtet
- » „strukturelle Benachteiligung“ der Gymnasien soll abgebaut werden, heißt im Klartext: mehr Stellen für Gymnasien, Kürzungen bei den Gemeinschaftsschulen
- » Ganztagschulen unzureichend finanziert; Schulreform droht zu scheitern



© fotolia.com/contrastwerkstatt

- » wohnortnahe Schulversorgung nicht mehr gewährleistet
- » Integrationshelfer/Sozialpädagogen an den Schulen gefährdet, weil durch Kommunen finanziert
- » Trend zur ÖPP an den Schulen, bspw. in den Bereichen Schulbau, Instandhaltung, Hausmeisterei
- » Kürzungen bei den dänischen Schulen (Kostensätze für SchülerInnen von 100 auf 85 Prozent senken)



## Universitäten

- » Uni Lübeck soll Stiftungsuni werden; Schleusen für Privatisierung auch an anderen Universitäten geöffnet?
- » an Uni Flensburg nur noch gymnasiale LehrerInnenausbildung, wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge (800 Plätze) abgebaut
- » Privatisierung UKSH hat nicht nur Folgen für Beschäftigte und Gesundheitsversorgung, sondern auch für Freiheit von Forschung und Lehre
- » Tendenz: Exzellenzförderung statt demokratische Massenuniversität



## Weiterbildung/Kultur

- » Kürzungen im Kulturbereich (kulturelle Bildung)
- » Kürzungen bei Volkshochschulen
- » zweiter Bildungsweg, Abendgymnasien in der Finanzierung gefährdet?

## Was tun?!

- » solidarisches Handeln mit Gleichgesinnten und Betroffenen an der Betroffenheit der Menschen ansetzen
- » Bündnispolitik
- » mehr Aufklärung über Kürzungen
- » Hochschulgruppe(n) stärken für Argumentation an Unis
- » Resolutionen in den Kommunalparlamenten zum Kürzungspaket sowie Folgen auf den Bildungsbereich einbringen
- » LAG Bildungspolitik wiederbeleben

## DIE LINKE fordert einen Schuttschirm für die Kommunen!

**D**ie jahrzehntelange Politik der Umverteilung von unten nach oben bei gleichzeitiger ‚Entstaatlichung der Finanzen‘ auf Bundesebene hat nicht nur die Finanzen der Bundesländer in einen desaströsen Schuldenberg gestürzt, sondern trifft besonders hart die Kreise, Kommunen und Gemeinden. Sie können dem gesellschaftlichen Auftrag zur Daseinsvorsorge kaum noch Folge leisten.

2010 werden in Schleswig-Holstein die Steuereinnahmen der Kommunen um 337 Mio. (15,6 %) unter denen von 2008 liegen. Die kommunalen Einnahmen werden nicht vor 2014 das Niveau von 2008 erreichen. Die Sozialausgaben, die Kosten durch Tarifierhöhungen und für gesetzliche Aufgaben der Kommunen steigen jedoch ungebremst weiter, weil Langzeiterwerbslosigkeit, Dumpinglöhne, Minijobs und zunehmende Zeitarbeit das Ergebnis der andauernden sozialen Spaltung sind. Gegenüber 2008 werden den Kommunen jedoch aus Steuern und Finanzausgleich in den Jahren 2009 bis 2014 insgesamt über 1,3 Mrd. € fehlen. Davon entfallen rechnerisch 720 Mio. € auf die Kürzung des Finanzausgleiches durch das Land und 300 Mio. € auf die Steuerausfälle durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

Die Kommunen sind aufgrund der eigenen Situation nicht mehr in der Lage, einen eigenen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushaltes zu leisten. Und in den Jahren 2007/2008 hat die schwarzrote Koalition durch den Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich den Kommunen die Möglichkeit genommen, sich für wirtschaftliche Notlagen zu rüsten. Kommunen suchten nach Auswegen aus der Schuldenfalle.

Manche dieser Lösungsansätze haben sich als Irrwege erwiesen: Privatisierungen, Veräußerungen von öffentlichem Eigentum und Vermögen sowie Cross-Border-Leasing und Spekulationsgeschäfte spülten zwar kurzzeitig mehr Geld in die öffentlichen Kassen, hatten aber verheerende



© shutterstock.com/Maxwell



© iStockphoto.com/geopaul

Folgen für Städte und Gemeinden. Mit einem Schutzschirm für Kommunen wollen wir erreichen, dass die Kommunen in den nächsten Jahren ihre Handlungsfreiheit erhalten.

DIE LINKE lehnt alle Versuche, die knappen Kassen auf Kosten der sozial Schwachen und Bedürftigen zu sanieren, ab. DIE LINKE in Schleswig-Holstein schließt sich den Vorschlägen ihrer Bundestagsfraktion an, die den Ersatz der extrem konjunkturabhängigen Gewerbesteuer hin zu einer Gemeindegewerbesteuer fordert.

Als wichtiger Schritt muss die Bemessungsgrundlage z.B. durch die Einbeziehung von gutverdienenden Selbstständigen wie Ärzten und Anwälten ausgeweitet werden. Als Sofortmaßnahme muss die Gewerbesteuerumlage von den Gemeinden an den Bund abgeschafft werden, damit die Gemeinden von ihren wenigen Einnahmen nicht auch noch Teile an den Bund abtreten müssen. Wer vom Interesse der nachfolgenden Generationen spricht, darf nicht zulassen, dass in den Gemeinden Infrastrukturen zerfallen.

*Björn Radke, Landessprecher  
August 2010*



Je stärker DIE LINKE,  
desto sozialer das Land.

**DIE LINKE.**  
SCHLESWIG-HOLSTEIN

**KOMMUNEN  
IN NOT!**

**GENUG  
GEKÜRZT!**

**NEIN zu perspektivloser Rotstiftpolitik-  
JA zum Schutzschirm für die Kommunen!**

[www.die-linke-sh.de](http://www.die-linke-sh.de)